Der Fall Enron : Normalität eines Global Players

Autor(en): **Missbach, Andreas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 42

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652208

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Andreas Missbach

Der Fall Enron

Normalität eines Global Players

„WEF – Wasn't Enron Fun", so lautete nur einer der Enron-Slogans, die an der Anti-WEF-Demo im Februar 2002 in den Strassen von New York zwischen Central Park und Waldorf Astoria zu sehen und zu hören waren. Der Kollaps des Energiehandels- und Pipelineunternehmens mit besten Kontakten zur Familie Bush dominierte auch thematisch auf Transparenten und im Strassentheater der WEF-GegnerInnnen. Kein Wunder, denn der „vielleicht grösste Wirtschaftsskandal in der amerikanischen Geschichte" (New York Times) liefert für fast jeden Aspekt der globalisierungskritischen Debatte anschaulichste Argumente.

Am 4. Dezember 2001 war Schluss; Enron, Wall Streets Liebling und Star aus Präsident Bushs Heimatstaat Texas, meldete den Konkurs an. In wenigen Monaten war der Aktienkurs von einst 90 Dollar pro Aktie auf unter fünf Dollar gefallen. Die Schweizer UBS übernahm das Energiehandelsgeschäft von Enron gratis und franko aus der Konkursmasse. Enron implodierte wie ein Internet- oder Softwareunternehmen mit wenig Substanz, dabei galt Enron als die siebtgrösste US-Firma. Das Wirtschaftsmagazin „Fortune" wählte Enron fünf Jahre nacheinander zum „innovativsten Unternehmen Amerikas". Enron-Manager waren gefeierte Teilnehmer des *World Economic Forum*. Das weltweite Imperium der 1985 gegründeten Firma bestand aus über 1000 Unternehmen.

Enron baute und betrieb Erdgaspipelines und Gaskraftwerke in Ländern wie Argentinien, Bolivien, Brasilien, Indien, Mozambique und den Philippinen. Enron war der grösste Stromhändler in den USA; daneben handelte Enron auch mit Datenübertragungskapazität und einer ganzen Reihe von Rohstoffen. Enron bastelte immer neue Derivate und Termingeschäfte, die die Risiken von Preisschwankungen im Energiemarkt abfedern sollten. Zu den Enron-Kreationen gehörten auch Wetter-Derivate, oder prosaischer ausgedrückt, Wetten darauf, wie das Wetter wird.

Das Unternehmen Enron zahlte keine Steuern, es finanzierte Politiker direkt. Unter den 1000 Firmen und Beteiligungen des Enron-Imperiums waren 881 Briefkastenfirmen. Dies ermöglichte dem Unternehmen auch in den Jahren, als es Rekordgewinne auswies, Steuern zu umgehen. Mit Ausnahme eines bescheidenen Betrags im Jahr 1997 bezahlte Enron in den fünf Jahren vor dem Kollaps in den USA keine Bundessteuern.

Enron und sein Top-Management waren grosszügige Spender. Ingesamt 6 Millionen Dollar investierte die Firma in den letzten zehn Jahren direkt in Wahlkampfspenden. Der grösste Teil ging jeweils an die Republikaner, aber auch Demokraten erhielten Enron-Spenden. Die Enron-Spendenempfänger bilden im Senat und Repräsentantenhaus eine Mehrheit. Präsident George W. Bush erhielt mehr als zehn Prozent der gesamten Enron-Spenden für seinen Gouverneurs- und Präsidentschaftswahlkampf.

Die Beziehungen zur Familie Bush reichen weit zurück. Nach der Niederlage von Vater Bush 1992 stellte Enron zwei ehemalige Kabinettsmitglieder, James Baker und Robert Mosbacher, als Berater an; Enron erhielt den Auftrag, die Kraftwerke in Kuwait nach dem Golfkrieg 1991 wieder aufzubauen. Der Sohn machte es umgekehrt: George W. Bush, Wirtschaftsberater Lawrence Lindsey und sein Handelsbeauftragter Robert Zoellick hatten vor ihren Regierungsjobs Beraterverträge mit Enron.

Enron widerlegt die These vom Bedeutungsverlust der Politik in der globalen Wirtschaft. Enrons wichtigster „Rohstoff" war politischer Einfluss. Die global tätigen Unternehmen brauchen nicht „weniger Staat", sondern sie brauchen einen Wettbewerbsstaat, der sich für ihre Anliegen einsetzt. In den USA selbst schaffte die Liberalisierung des Strommarktes die Voraussetzung für Enrons Geschäfte, im Ausland setzte sich die US-Diplomatie für Enron ein. Thelma Awori, die Ex-Direktorin des UNO-Umweltprogramms für Afrika, erzählte an der Public Eye-Konferenz in New York, wie der US-Botschafter in Mozambique drohte, die USA könnten die Entwicklungshilfegelder nicht mehr verantworten, falls die Regierung der Firma Enron nicht erlaube, die reichen Öl- und Gasfelder vor der Küste auszubeuten. Druck seitens der US-Regierung half Enron auch in Argentinien, auf den Philippinen und in Indien. Noch im Sommer 2001 bearbeitete Vizepräsident Dick Cheney indische Regierungsstellen, um die Fertigstellung des Enron-Kraftwerkprojekts Dabhol zu sichern.

Auch Politiker setzten auf den politischen Einfluss von Enron. Der damalige kroatische Präsident Tudjman erlaubte 1999 Enron, in Kroatien ein Kraftwerk zu bauen und während zwanzig Jahren zu betreiben. Abnehmer des Stroms sollte die staatliche Energiegesellschaft sein, und der vereinbarte Abnahmepreis lag deutlich über dem Marktpreis. Tudjman versprach sich vom Liebesdienst an Enron politischen Einfluss in Washington. Er hoffte auf eine Einladung zum Staatsbesuch und nahm dem Enron Manager Joseph Sutton das Versprechen ab, dass dieser sich für die Mitgliedschaft Kroatiens bei der WTO und Nato einsetzen werde.

Kenneth Lay, der Chef von Enron, ist ein Insider. Bevor er ins Energiegeschäft einstieg, arbeitete er selbst für die Regierung im Energiedepartement. Als Enron 1985 durch die Fusion von zwei Pipelinegesellschaften entstand, waren die späteren Enron-Geschäfte noch nicht möglich. 1993 erhielt Enron die Ausnahmebewilligung von einem Gesetz, das die Diversifizierung von Energiefirmen einschränkte. Und es brauchte die Liberalisierung und Deregulierung des Stromhandels, das Aufbrechen von Gebietsmonopolen, die Nicht-Regulierung von bestimmten Derivaten, die Privatisierung von Strom und Wasser (das Wasserunternehmen Azurix war eine Enron-Tochter) in vielen Länder für den Enron-Boom.

Die „Dividenden" auf den „politischen Investitionen" Enrons waren neue Regeln, die das Geschäft zum Blühen brachten. George W. Bush machte es in Texas vor – Kenneth Lay war Vorsitzender des „Business Council" von Gouverneur Bush. Seine Strommarktliberalisierung ermög-

lichte unter anderem den grössten Verschmutzern den Weiterbetrieb ihrer veralteten Anlagen und schützte die Energiebranche vor Schadenersatzprozessen. Enron beeinflusste die Deregulierung des Strommarktes in Kalifornien, und als der Markt kollabierte und die Preise für Spitzenenergie explodierten, lieferte Enron den Strom und kassierte. Kenneth Lay hatte als einziger Chef eines Energieunternehmens während der Kalifornien-Krise eine Privataudienz mit Vizepräsident Dick Cheney. Einen Tag später sprach sich Cheney in einem Interview gegen Höchstpreise für Energie aus.

Und dann ist da noch Wendy Gramm. Sie war Vorsitzende einer Kommission, die Termingeschäfte und Derivate überwacht (ihr Mann ist texanischer Senator, ebenfalls auf der Spendenliste von Enron). Gramm befreite bestimmte Energie-Derivate von staatlicher Aufsicht und jeglicher Kontrolle. Kurz danach gab sie ihren Job ab und wurde Verwaltungsrätin von Enron.

Die grössten Früchte aber werden jetzt Enrons Konkurrenten ernten. Enron-Manager hatten sechs Treffen mit der Task Force, die die Energiepolitik der Regierung Bush entwarf. Diese Politik, so kommentierte die Los Angeles Times, „hätte von den Lobbyisten der bankrotten Firma geschrieben sein können". Und ein Bericht des Parlaments stellte fest: „Es ist unwahrscheilich, dass irgend ein anderes Unternehmen in Amerika so stark vom Plan des Weissen Hauses hätte profitieren können wie Enron".

Enron setzte sich auch dafür ein, die Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik international voranzutreiben und abzusichern. Enron war ein führendes Mitglied der „U.S. Coalition of Service Industries". Die Koalition trat in den Dienstleistungsverhandlungen der Welthandelsorganisation (GATS-Verhandlungen) als aggressive Lobby für eine Liberalisierung des Service Public auf.

Enron war das Musterunternehmen der neunziger Jahre, denn es setzte alles daran, den Börsenwert (Shareholder Value) zu maximieren. 1998 nahm Enrons Aktienwert um 40 Prozent zu, 1999 um 58 und im Jahr 2000 um 89 Prozent. Das Unternehmen war bei der Wahl seiner Mittel nicht wählerisch. Das begann beispielsweise schon damit, wie Enron seinen Umsatz aufblähte. Bei einer korrekten Rechnung landet Enron für das Jahr 2000 nicht mehr auf Rang 7 der umsatzstärksten Unternehmen, sondern auf Rang 287. Aber nicht nur beim Umsatz wurde geschummelt, sondern auch beim Gewinn.

Enron nutzte alle Tricks und Kniffe, um sich gegenüber den Aktienmärkten ins beste Licht zu rücken. So wurde nach Abschluss eines Vertrages, der über Jahre gewisse Einnahmen garantierte, die ganze Summe auf einmal als Einnahme verbucht. Von einer Pipeline in Brasilien wurden bereits Gewinne verbucht, bevor die Röhren fertig verlegt waren. Enron tarnte Kreditaufnahmen als Handelsgeschäfte und bezahlte Gläubiger mit Aktien. Beides diente dazu, dass die reale Verschuldung des Unternehmens in der Bilanz nicht zu erkennen war.

Enron-Manager gründeten Briefkastenfirmen unter aktiver Mithilfe von Credit Suisse First Boston (CSFB), der Investmentbankabteilung der Credit Suisse, und der Vermögensverwaltungsfirma Donaldson, Lufkin and Jen-

rette (DLJ), die im Jahr 2000 der CSFB einverleibt wurde. Enron hatte insgesamt 3'500 solche Briefkastenfirmen – „Partnerschaften" genannt, einige trugen Namen aus dem Film Star Wars (Jedi, Chewco etc.). Verluste, die Enron bei Investitionen und Finanzdeals machte, wurden auf diese Firmen übertragen. Das Vermögen der Briefkastenfirmen bestand aus Enron-Aktien. Deshalb konnten die Verluste nur solange versteckt werden, wie der Aktienkurs stieg oder nicht zu tief fiel. Und der Aktienkurs blieb nur oben, solange die geschönte Bilanz nicht aufflog. Deshalb unter anderem klappte Enron so schnell zusammen.

Enron hat vermutlich die „kreative Bilanzierung" weitergetrieben als andere Firmen und dabei vielleicht auch Recht gebrochen. Möglicherweise haben sich bei den Transaktionen einzelne Manager illegal bereichert. Die Praktiken an sich sind aber nicht ungewöhlich und sie sind auch nicht einem kriminellen Geist entsprungen, sondern in diesem Fall die logische Konsequenz, wenn der Aktienwert zum alleinigen Kriterium für den Unternehmenserfolg wird. In der Eigenwerbung der Vermögensversicherungsverwaltung (DLJ) liest man über die Abteilung, die auch Enron beraten hatte, sie biete massgeschneiderte Lösungen für die „Steuer-, Regulierungs- und Ratingziele" der Kunden. Im Klartext heisst das: Steuervermeidung, Umgehung von staatlichen Regeln und Bilanzmassage, um ein Unternehmen in der Schönheitskonkurrenz der Rating-Agenturen und bei den Vierteljahresabschlüssen besser erscheinen zu lassen. Die Investmentbanken wie die CSFB profitierten ihrerseits von den geschönten Bilanzen, denn dadurch liessen sich Enron-Aktien und Anleihen teurer verkaufen, was den Banken saftige Gebührenerträge bringt.

Der Enron-Kollaps zeigt die Irrationalität des Shareholder-Fetischismus, mal ganz abgesehen von den sozialen und ökologischen Kosten. Bereits spüren auch andere Firmen den Enron-Effekt; zu gute Zahlen erwecken plötzlich Zweifel und drücken den Aktienkurs.

Die neunziger Jahre brachten einen neuen Konsens zwischen den Regierungen in Nord und Süd in der ansonsten unübersichtlichen Entwicklungsdebatte; Investitionen aus dem Ausland sollen es richten. Was dies für die Energie-Infrastruktur bedeutet, lässt sich am Beispiel Enron bestens zeigen. Meistens werden die Vorteile von Auslandsinvestitionen mit einem Mythos begründet: sie „bringen knappes Kapital". Dieses Argument verkennt den Charakter jeder Investition, denn immer ist es das Ziel, Gewinn zu machen. Jede (erfolgreiche) Investition aus dem Ausland führt also Kapital ab: Zuerst werden die Kosten der Investition wieder reingeholt und dann wird der Gewinn „repariert". Eine Auslandsinvestition kann dennoch sinnvoll sein, es kommt aber darauf an, wieviel sie das Land kostet und welchen Nutzen (Technologie, Wissen, neue Arbeitsplätze etc.) sie bringt.

In der Realität entscheiden aber nicht die Kosten-Nutzen-Rechnungen des Gastlandes über eine Investition, sondern Interessen, wie das Beispiel des Enron-Gaskraftwerks Dabhol zeigt: Dabhol war das erste private Kraftwerkprojekt in Indien. Der erste Vertrag zwischen der Regierung des Bundesstaa-

tes Maharashtra und dem Konsortium unter der Führung von Enron wurde 1993 geschlossen, im selben Jahr betrachtete die Weltbank das Projekt als unwirtschaftlich. Die Opposition vermutete Bestechung und Enron machte kein Geheimnis daraus, dass das Unternehmen Millionen ausgegeben hatte, um Politiker und Bürokraten „über die Vorteile des Projektes aufzuklären". Als 1995 die Opposition in Maharashtra an die Macht kam, machte sie zuerst ihr Wahlversprechen wahr und stieg aus dem Vertrag mit Enron aus. Die „Glaubwürdigkeit der indischen Liberalisierungspolitik" sei damit in Frage gestellt, beklagte sich der Tages-Anzeiger. Doch Frank Wisner, der US-Botschafter in Indien, legte sich für Enron ins Zeug; als er seinen Botschafter-Posten aufgab, erhielt auch er einen Job bei Enron.

1996 wurde ein neuer Dabhol-Vertrag mit Enron unterzeichnet, diesmal wurde das Kraftwerk sogar noch um eine doppelt so grosse zweite Etappe aufgestockt. Credit Suisse First Boston organisierte die Finanzierung. Mittels bindender Abnahmeverträge mit der staatlichen Energiegesellschaft, unabhängig davon ob der Strom gebraucht würde oder nicht, sicherte sich Enron vertragliche Einnahmen von insgesamt 30 Milliarden Dollar – eine Rendite von knapp 30 Prozent. Die Stromkosten von Dabhol lagen weit über dem indischen Durchschnitt. Das Dabhol Projekt geriet auch wegen Menschenrechtsverletzungen in die Schlagzeilen. Das Konsortium unterstützte lokale Polizeikräfte, die das Werksgelände gegen protestierende Anwohner schützten, finanziell und mit firmeneigenen Helikoptern. Anfang letzten Jahres gab Maharashtra nach einem erneuten politischen Wechsel bekannt, es sei kein Geld da, um die Verträge mit Enron einzuhalten. Die Bauarbeiten wurden kurz vor Fertigstellung des Kraftwerks eingestellt. Nach dem Kollaps von Enron steht Dabhol zum Verkauf. Die finanziellen Konsequenzen für Indien werden vor Gericht ausgehandelt, teuer wird es in jedem Fall.

Die Firmenkultur von Enron glich jener einer Sekte. Enron war nicht nur eine gute Firma, sondern gut für die Welt. Wo die Enron-Manager hinkamen, predigten sie, dass Enron den Armen Reichtum, Frieden und Effizienz bringen werde. Enrons zehn Gebote waren nur fünf: Konkurrenz, freier Markt, Welthandel, Globalisierung und Deregulierung. Enron profilierte sich auch als Wohltäter. Das neue Football-Stadion in Houston hiess Enron Fields. Und Enron stiftete einen Preis, der wie ein schlechter Witz klingt: „The Enron Prize for Distinguished Public Service". Preisträger waren Nelson Mandela, Eduard Schevardnadse, Colin Powell und Alan Greenspan.

Und wie in einer Sekte wird unten geglaubt und oben abkassiert. Der grösste Teil der Pensionskassen-Guthaben der Enron-Mitarbeitenden war in Enron-Aktien angelegt. Die Aktien waren aber dort gefangen. Als die Enron-Kurse fielen, durften die Mitarbeitenden ihre Enron-Aktien nicht verkaufen, viele Enron-Angestellte verloren ihre ganze Altersicherung. Ganz anders die Bosse, sie brachten ihre Schafherden ins Trockene. Kenneth Lay kassierte für den Verkauf von Enron-Aktien vor dem Kollaps zwischen 70 und 100 Millionen Dollar. Insgesamt sollen 29 Topmanager

1,1 Milliarden abkassiert haben. Während er selbst die Aktien verkaufte (und damit die Kurse weiter nach unten drückte), teilte Lay seinen Mitarbeitern noch am 26. September, etwas mehr als zwei Monate vor dem Bankrott, mit, Enron-Aktien seien ein „hervorragendes Geschäft".

In der Welt der Shareholder gibt es nur ein Modell der Kontrolle: Der Chef kontrolliert die Angestellten, die Verwaltungsräte den Chef und die Aktionäre die Verwaltungsräte, und sie verfügen über die Informationen von Rechnungsprüfungsfirmen. Im Fall Enron versagte die Kontrolle auf allen Ebenen. Am peinlichsten aber ist die Verwicklung der Rechnungsprüfungsfirma Arthur Andersen mit dem Enron-Skandal. Die Arthur Andersen-Mitarbeiter bescheinigten Enron saubere Bilanzen – von verkappten Schulden und versteckten Verlusten kein Wort. Dafür gibt es zwei gleichermassen unangenehme Erklärungen: Unfähigkeit oder Komplizenschaft.

Enron war der zweitwichtigste US-Kunde von Andersen. Die Firma verdiente als Rechnungsprüfer von Enron 25 Millionen Dollar, gleichzeitig hatte sie Beratungsaufträge von Enron, die 27 Millionen Dollar brachten. Seit Enron ins Trudeln geriet, wurden bei Andersen massenweise Enron-Akten geschreddert. Andersen ist kein Einzelfall, die Probleme sind strukturell. Die Rechnungsprüfungsfirmen sollen einerseits den Aktionären die Kontrolle ermöglichen, andererseits sollen sie aber auch selbst Profite machen. Weltweit dominieren dieses Geschäft nur fünf Unternehmen (neben Arthur Andersen sind dies, PricewaterhouseCoopers, KPMG, Ernst &Young und Deloitte & Touche).

Unter Druck steht heute nicht nur die Firma Andersen, sondern es sind auch Zweifel an Rechnungslegungsstandards aufgekommen. Zuviele der Berechnungstricks von Enron, so der Vorwurf, seien erlaubt und hätten deshalb kaum Zweifel hervorgerufen. Zu den ironischen Nebeninformationen rund um den Enron-Skandal gehört, dass die Selbstregulierungsorganisation „International Accounting Standards Board", welche die Rechnungslegungsvorschriften international koordiniert, Enron-Boss Kenneth Lay um eine Spende zur Deckung ihrer Kosten gebeten hatte.

Enron war dieses Jahr zum ersten Mal kein Thema am World Economic Forum. Vieles am Enron-Skandal ist unter den Global Players Normalität: Steuerumgehung, Intransparenz, Bereicherung und Kontrollverlust kennt man auch aus den anderen Wirtschaftsskandalen, die seit dem Ende der goldenen 90er Jahre mit schöner Regelmässigkeit aufbrechen. Enron ist der Supergau der Globalisierer, doch ihr Abwehrdispositiv ist schon in Funktion. Derzeit laufen Dutzende von Untersuchungen und es besteht die Gefahr, dass soviele Details zu Tage gefördert werden, dass daraus nie mehr ein klares Bild erstellt werden kann. Dabei wird auf persönliche Fehltritte und kriminelle Handlungen fokussiert werden, und eine Welle von Schadenersatzklagen wird losgehen.

Für die globalisierungskritische Bewegung ist der Fall Enron aber nicht eine kriminelle Ausnahme, sondern die Regel. Mindestens folgende Erkentnisse lassen sich aus dem Enron-Kollaps gewinnen:

- Eine Firma nur auf die Maximierung des Aktienwerts zu trimmen, zerstört beides, die Firma und den Wert der Aktien.
- Die Privatisierung von Energie- und Wasserversorgung kommt die Gesellschaft teuer zu stehen, der Service Public muss verteidigt werden.
- Die Altersversorgung wie in den USA primär an die Aktienmärkte zu delegieren, wie das in den USA praktiziert wird, ist russisches Roulette.
- Die „Kontrolle" des Managements durch Rechnungsprüfungsfirmen und Aktionäre funktioniert nicht, staatliche Kontrolle hat nicht ausgedient.

Quellen:

Die englischsprachige Wirtschaftspresse informiert ausführlich zu Enron; die Financial Times hat ein eigenes Online-Dossier dazu: http://specials.ft.com/enron/index.html

Nützlich ist die Corpwatch Enron-Seite mit Links zu weiteren NGO-Seiten: http://www.corpwatch.org/issues/PII.jsp?topicid=145,

Human Rights Watch publizierte einen ausführlichen Report zum Dabhol-Projekt: http://www.hrw.org/reports/1999/enron.

